

Antrag

der Abgeordneten Dr.-Ing. Paul Krüger, Gunnar Uldall, Dr. Hermann Pohler, Manfred Kolbe, Gerhard Schulz (Leipzig), Anneliese Augustin, Hans-Dirk Bierling, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Klaus Brähmig, Monika Brudlewsky, Peter H. Carstensen (Nordstrand), Wolfgang Dehnelt, Hansjürgen Doss, Ilse Falk, Jochen Feilcke, Ulf Fink, Erich G. Fritz, Kurt-Dieter Grill, Manfred Heise, Dr. Renate Hellwig, Ernst Hinsken, Dr.-Ing. Rainer Jork, Dr. Egon Jüttner, Ulrich Junghanns, Dr. Harald Kahl, Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz), Manfred Koslowski, Arnulf Kriedner, Werner Lensing, Peter Letzgus, Erwin Marschewski, Günter Marten, Rudolf Meinel, Hans Michelbach, Elmar Müller (Kirchheim), Engelbert Nelle, Johannes Nitsch, Friedhelm Ost, Ulrich Petzold, Ruprecht Polenz, Dr. Peter Ramsauer, Helmut Rauber, Otto Regenspurger, Christa Reichard (Dresden), Hans-Peter Repnik, Roland Richwien, Dr. Heinz Riesenhuber, Ortrun Schätzle, Hartmut Schauerte, Karl-Heinz Scherhag, Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Hans-Otto Schmiedeberg, Wolfgang Schulhoff, Clemens Schwalbe, Heinz-Georg Seiffert, Bernd Siebert, Bärbel Sothmann, Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten, Dagmar Wöhrle und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Jürgen Türk, Dr. Karlheinz Guttmacher, Dr. Rainer Ortleb, Dr. Klaus Röhl, Joachim Günther (Plauen), Walter Hirche, Paul K. Friedhoff und der Fraktion der F.D.P.

Aufbau Ost vorantreiben

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. In den zurückliegenden sechs Jahren ist Deutschland auf dem Weg zur gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Einheit ein unübersehbares Stück vorangekommen. Diese erheblichen Fortschritte im Prozeß der inneren Freiheit wurden vor allem durch Aufbauwillen, Flexibilität und Veränderungsbereitschaft der Menschen im Osten und durch die Solidarität des Westens ermöglicht. Die Strategie der Koalition für den Aufbau Ost hat sich als grundsätzlich richtig erwiesen. Angesichts der desolaten Hinterlassenschaft der DDR ist die heutige Bilanz eindeutig positiv.

Trotz der erheblichen Aufbauleistungen der vergangenen Jahre ist das Ziel noch nicht erreicht. Der Anteil der neuen Länder an der Wertschöpfung in Deutschland ist zu gering. Die Steuereinnahmen im Osten erreichen nur knapp 40 % des Länderdurchschnitts. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit liegt im Osten weit über der des Westens. Heute, sechs Jahre nach der

Vereinigung, wissen wir, daß die Anpassung länger dauern wird und einschneidender ist, als wir alle zu Beginn erwarteten. Der weitere Weg zur Vollendung der deutschen Einheit wird nicht weniger schwierig sein als die bereits zurückgelegte Strecke. Er mutet den Menschen im Osten weitere Härten zu, er erfordert von den Menschen im Westen weiterhin Bereitschaft zur Solidarität. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands, die neben konjunkturellen vor allem strukturelle Ursachen hat, muß alles daran gesetzt werden, die Wirtschaftskraft Gesamtdeutschlands zu stärken und Unterschiede zwischen Ost und West nicht wieder größer werden zu lassen, sondern sie in möglichst kurzer Zeit zu verringern.

Die Bundesregierung und die sie tragende Koalition verfolgten mit Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 sowie des Einigungsvertrages am 3. Oktober 1990 von Anfang an klare Ziele für den Aufbau der neuen Länder, u. a.:

- Einführung der D-Mark,
- Einführung der sozialen Marktwirtschaft,
- möglichst rasche Entwicklung einer leistungsfähigen modernen Infrastruktur,
- Schaffung von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen durch die Förderung privater Investitionen und die Gestaltung von Bedingungen, in denen sich neue Unternehmen entwickeln konnten,
- Privatisierung und Sanierung der ehemaligen Staatsunternehmen durch die Treuhandanstalt bzw. deren Nachfolgeorganisationen,
- sofortige Einbeziehung der Bürger in die sozialen Sicherungssysteme,
- massiver Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zur Abmilderung des zunächst mit hohen Beschäftigungsverlusten verbundenen Umstrukturierungsprozesses und zur Anpassung der beruflichen Qualifikation,
- Neuordnung der Eigentumsverhältnisse u. a. durch Vermögensgesetz, Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz,
- Aufbau von Verwaltung und Justiz,
- Abbau von Investitionshemmnissen wie z. B. ungeklärten Eigentumsverhältnissen und ökologischen Altlasten,
- Finanzierung des Fonds Deutsche Einheit, bevor die neuen Länder in den Länderfinanzausgleich einbezogen wurden.

Für die Transformation von der Diktatur in die Demokratie, von der Planwirtschaft in die soziale Marktwirtschaft, gab es weder Erfahrungen noch Patentrezepte. Aus heutiger Sicht zeigt sich klar, daß aufgrund von Fehleinschätzungen der Ausgangslage

und angesichts des großen Zeit- und Handlungsdrucks Fehler gemacht wurden. Manche Gesetzesbestimmungen wurden einfach übertragen, ohne der ostdeutschen Situation gerecht zu werden. Der Aufbau von Verwaltung und Justiz hat länger gedauert als erwartet. Der Verlust an Forschungs- und Entwicklungskapazitäten war zu gravierend. Der Zusammenbruch der osteuropäischen Märkte wurde nicht früh genug in allen Konsequenzen erkannt.

Erkennbare Fehlentwicklungen sind im Laufe des Prozesses immer wieder von der Koalition korrigiert worden. Der Bund ist seiner Verantwortung für den Aufbau Ost in hohem Maße politisch und finanziell gerecht geworden. Das finanzielle Engagement der westdeutschen Länder ist dagegen lange Zeit hinter den Erfordernissen zurückgeblieben.

Folgenreich war die Entwicklung der Lohnpolitik. Unter dem Einfluß von Tarifpartnern aus dem Westen ist in Ostdeutschland eine zu schnelle Anpassung der Löhne an das Westniveau vereinbart worden, die weit über die Produktivitätsfortschritte hinausging. Dies hat die Arbeitslosigkeit im Osten noch weiter erhöht und den Menschen eine noch größere Flexibilität abverlangt.

Der Deutsche Bundestag bekennt sich unverändert zu dem Ziel, eine sich selbst tragende Wirtschaft in den neuen Bundesländern aufzubauen, die Investitionen und Arbeitsplätze aus eigener Leistung sichert. Nur so sind die Voraussetzungen gegeben, um die notwendige weitere Angleichung der Lebensverhältnisse zu erreichen.

2. Vom Programm der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung wird auch die wirtschaftliche Entwicklung im Osten durch mehr Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze profitieren.

Ohne eine Erhöhung der wirtschaftlichen Wertschöpfung und Verbesserung der Produktivität kann es in den neuen Ländern keinen selbsttragenden Aufschwung geben.

Der Deutsche Bundestag begrüßt deshalb, daß die Bundesregierung trotz schwieriger gewordener Finanzlage an der Notwendigkeit erheblicher Transferleistungen für den Osten bis zur Erreichung dieses Ziels keinen Zweifel läßt und auch an der Fortführung des Finanztransfers trotz der Rückführung des Solidaritätszuschlags festhält.

Das Hauptziel der Förderung des Ostens muß in der Stärkung der Wachstumskräfte, der wirksamen Unterstützung des Mittelstandes sowie in der Verbreiterung der wirtschaftlichen – besonders der industriellen – Basis bestehen.

Ein bedeutsames Hemmnis für den wirtschaftlichen Aufschwung sind die hohen Lohnstückkosten. Hier ist es erforderlich, daß Tarifparteien, Unternehmen und Belegschaften verstärkt durch eine differenzierte, der Leistungsfähigkeit der Unternehmen angemessene Lohn- und Tarifpolitik ihren Beitrag zur notwendigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der

Unternehmen leisten, wenn staatliche Förderung nicht ins Leere laufen soll.

Da in den neuen Ländern vielerorts besondere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen unverzichtbar bleiben, ist bei der Umsetzung der geplanten Einsparungen im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit auf ein differenziertes Vorgehen zu achten, das die besonderen Problemlagen des ostdeutschen Arbeitsmarktes berücksichtigt.

Trotz beachtlicher Leistungen bei der Neustrukturierung der Wissenschaftslandschaft und umfangreicher Förderung industrienahe Forschung sind die Innovationskapazitäten nach dem Strukturwandel der letzten Jahre im Osten weit geringer als im Westen. Ein Ausgleich dieser Situation dient der Stärkung der Wachstumskräfte und bleibt deshalb unverzichtbar.

Der Deutsche Bundestag erkennt die Leistungen der Bundesregierung beim Aufbau an, insbesondere hält er folgende Aufgaben auch in den kommenden Jahren für besonders wichtig:

- zielgerichtete Verbesserung der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft durch eine Innovationsinitiative Ost,
- Fortführung der Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung bzw. Konsolidierung der Unternehmen in den neuen Ländern,
- nachhaltige Investitionsförderung, um die Ansiedlungsbedingungen in den neuen Ländern, insbesondere in Problembereichen und -regionen, attraktiv zu gestalten,
- zielgenaue Anwendung der steuerlichen Förderung nach dem Fördergebietsgesetz – wie im Jahressteuergesetz 1996 vorgesehen,
- planmäßige Fortsetzung des Ausbaus der Infrastruktur,
- Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren insbesondere auch für innovative Vorhaben, neue Produkte und Dienstleistungen,
- Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für die private Vermögensbildung angesichts des großen Nachholbedarfs. Der Deutsche Bundestag erwartet von den Tarifpartnern, daß sie in ihren Vereinbarungen die Voraussetzungen für eine stärkere Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer schaffen.

Bonn, den 19. Juni 1996

Dr.-Ing. Paul Krüger

Gunnar Uldall

Dr. Hermann Pohler

Manfred Kolbe

Gerhard Schulz (Leipzig)

Anneliese Augustin

Hans-Dirk Bierling

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

Klaus Brähmig

Monika Brudlewsky

Peter H. Carstensen

(Nordstrand)

Wolfgang Dehnel

Hansjürgen Doss

Ilse Falk

Jochen Feilcke

Ulf Fink	Hans-Peter Repnik
Erich G. Fritz	Roland Richwien
Kurt-Dieter Grill	Dr. Heinz Riesenhuber
Manfred Heise	Ortrun Schätzle
Dr. Renate Hellwig	Hartmut Schauerte
Ernst Hinsken	Karl-Heinz Scherhag
Dr.-Ing. Rainer Jork	Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Dr. Egon Jüttner	Hans-Otto Schmiedeberg
Ulrich Junghanns	Wolfgang Schulhoff
Dr. Harald Kahl	Clemens Schwalbe
Dr.-Ing. Dietmar Kansy	Heinz-Georg Seiffert
Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)	Bernd Siebert
Manfred Koslowski	Bärbel Sothmann
Arnulf Kriedner	Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Werner Lensing	Dagmar Wöhr
Peter Letzgus	Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Erwin Marschewski	
Günter Marten	Jürgen Türk
Rudolf Meinl	Dr. Karlheinz Gutmacher
Hans Michelbach	Dr. Rainer Ortleb
Elmar Müller (Kirchheim)	Dr. Klaus Röhl
Engelbert Nelle	Joachim Günther (Plauen)
Johannes Nitsch	Walter Hirche
Friedhelm Ost	Paul K. Friedhoff
Ulrich Petzold	Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion
Ruprecht Polenz	
Dr. Peter Ramsauer	
Helmut Rauber	
Otto Regenspurger	
Christa Reichard (Dresden)	

